

April 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Sorge über wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges nimmt massiv zu.....	2
Kritischere Bewertung des Regierungskurses im Ukraine-Konflikt.....	3
Unterstützung für Boykott von russischem Gas und Öl nimmt zu.....	4
Energiepolitische Reaktion: Konsens allein bei Ausbau der Erneuerbaren.....	5
Reaktionen der Verbraucher auf gestiegene Preise.....	6
Unverständnis gegenüber Aufhebung der Corona-Beschränkungen	7
Corona: Hälfte will weiter Maske beim Einkaufen tragen	8
Corona-Impfpflicht: Akzeptanz für allgemeine Impfpflicht nach wie vor am höchsten	9
Regierungszufriedenheit geht zurück.....	10
Politikerzufriedenheit: Habeck und Baerbock mit Zuwächsen an der Spitze, Lindner verliert am deutlichsten	11
Sonntagsfrage: Grüne mit deutlichem Zuwachs.....	12
Studieninformation.....	14

Zusammenfassung

Der Ukraine-Krieg dauert nunmehr schon sechs Wochen. Das Entsetzen in Deutschland über die Kampfhandlungen hält an, die Situation der Menschen in der Ukraine bewegt weiterhin neun von zehn Bundesbürgern. Keineswegs gebannt ist die Angst der Deutschen vor einem größeren Krieg in Europa, vor dem sich knapp zwei Drittel sorgen. Zugleich haben sich binnen Monatsfrist die Sorgen vor den ökonomischen Auswirkungen massiv ausgeweitet. Nach 64 Prozent Anfang März fürchten nunmehr 80 Prozent eine Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland. 76 Prozent und damit ebenfalls mehr sind beunruhigt wegen möglicher Einschnitte in die Gas- und Energieversorgung.

Der Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg wird kritischer bewertet als vor einem Monat: Für ein gutes Drittel ist die Reaktion auf den russischen Krieg angemessen, Für 45 Prozent geht sie mittlerweile jedoch nicht weit genug. Eine der Forderungen nach schärferen Antworten Deutschlands auf die russische Invasion zielt auf einen Importstopp für russisches Gas und Öl. Auch hier hat sich die Haltung der Bundesbürger verändert. Einen Boykott würde aktuell die Hälfte unterstützen, auch wenn dies negative Effekte für die Versorgung mit Energie und deren Preise hätte. Um sich von russischen Energie-Importen unabhängiger zu machen, ist die Diversifizierung deutscher Energiequellen wesentlich. Ein breiter Konsens besteht allein bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien. Die Erschließung anderer Quellen wird deutlich zurückhaltender bewertet. Dies gilt nicht nur für die Einfuhr von Fracking-Gas aus den USA. Auch ein verstärkter Öl- und Gas-Import aus Katar und Saudi-Arabien oder eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke findet nicht annähernd so viel Anklang. Jenseits der Diversifizierung der Energieversorgung wird in Deutschland über größere Anstrengungen beim Energiesparen diskutiert, darunter Tempolimits. Deren befristete Einführung auf Autobahnen unterstützen sechs von zehn Bundesbürgern und auch gut jeder zweite-Autofahrer.

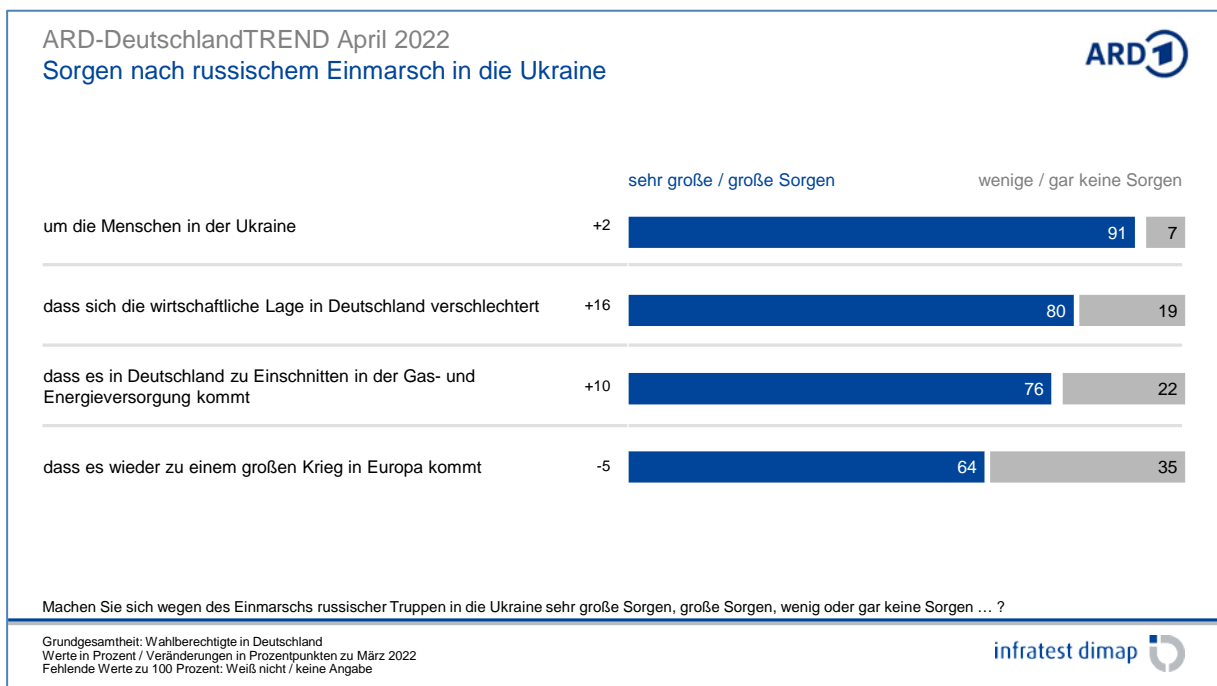
Neben dem Ukraine-Krieg und dessen Folgen bestimmt in diesen Tagen einmal mehr der richtige Umgang mit der Corona-Pandemie die deutsche Debatte. Dem Lockerungskurs der Ampel-Koalition bringen die Bundesbürger wenig Vertrauen entgegen. Die Aufhebung von Beschränkungen halten sechs von zehn für falsch. Der bereits wieder verworfene Vorstoß von Gesundheitsminister Lauterbach, eine verpflichtende Quarantäne von Corona-Infizierten zugunsten einer freiwilligen Lösung aufzugeben, wird von zwei Dritteln abgelehnt. Zugleich signalisieren viele, weiter vorsichtig zu sein. Jeder Zweite will an öffentlichen Orten wie z.B. beim Einkaufen den Mund-Nase-Schutz auf jeden Fall tragen, auch wenn er nun nicht mehr vorgeschrieben ist. In der Frage einer Corona-Impfpflicht äußert sich gut jeder Dritte ablehnend. Nicht ganz die Hälfte plädiert für eine Impfpflicht für alle Erwachsenen, eine begrenzte Impfpflicht für höhere Altersgruppen wie z.B. den über-50-Jährigen unterstützt jeder Achte.

Im aktuellen Krisen- und Nachrichtenkontext fällt das Urteil zur Arbeit der Ampel-Koalition geteilt aus, Zuspruch und Kritik halten sich etwa die Waage. Damit ist die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung binnen eines Monats erkennbar gesunken. Allerdings konnte sich in diesem Zeitraum ein Teil des Kabinetts erfolgreich profilieren. So gewinnen Wirtschaftsminister Habeck und Außenministerin Baerbock Sympathien bei den Deutschen. Sie führen die Liste der populärsten Bundespolitiker im April mit persönlichen Bestwerten an. Bundeskanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach büßen dagegen an Zustimmung ein, noch deutlicher verliert FDP-Finanzminister Lindner.

Der gewachsene Zuspruch für die Koalitionsspitzen der Grünen spiegelt sich in der aktuellen Sonntagsfrage. Die Grünen legen zum Vormonat um 3 Punkte zu und hätten bei einer Bundestagswahl derzeit 19 Prozent in Aussicht, der beste Wert in der Sonntagsfrage seit August letzten Jahres. Die Union käme auf 25 Prozent, die SPD auf 24 Prozent. Beide Parteien geben jeweils 1 Punkt ab. AfD und FDP kämen wie im Vormonat auf 11 bzw. 9 Prozent. Die Linke liegt mit 4 Prozent 1 Punkt schwächer als im März und fällt im ARD-DeutschlandTREND auf den schlechtesten Wert seit Juni 2005. Alle übrigen Parteien kämen zusammen unverändert auf 8 Prozent.

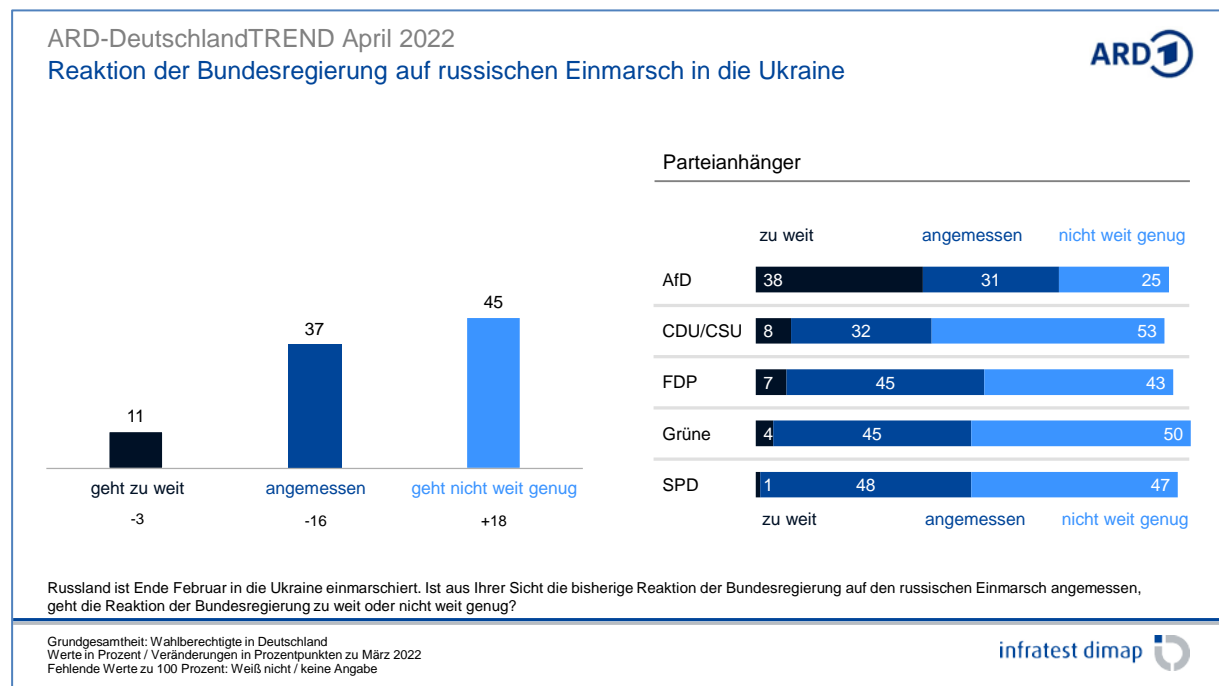
Sorge über wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges nimmt massiv zu

Der Ukraine-Krieg dauert nunmehr schon sechs Wochen. Das Entsetzen der Bundesbürger über die Kampfhandlungen hält zumal nach Meldungen über Gräueltaten an der Zivilbevölkerung an, die Situation der Menschen in der Ukraine bewegt weiterhin neun von zehn Bundesbürgern (91 Prozent; +2). Keineswegs gebannt ist die Angst der Deutschen vor einem größeren Krieg in Europa, vor dem sich knapp zwei Drittel (64 Prozent; -5) sorgen. Zugleich haben sich binnen Monatsfrist die Sorgen vor den ökonomischen Auswirkungen des Konfliktes massiv ausgeweitet. Nach 64 Prozent im März fürchten nunmehr 80 Prozent (+16) eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. 76 Prozent (+10) und damit ebenfalls deutlich mehr als vor einem Monat sind beunruhigt wegen möglicher Einschnitte in die hiesige Gas- und Energieversorgung.



Kritischere Bewertung des Regierungskurses im Ukraine-Konflikt

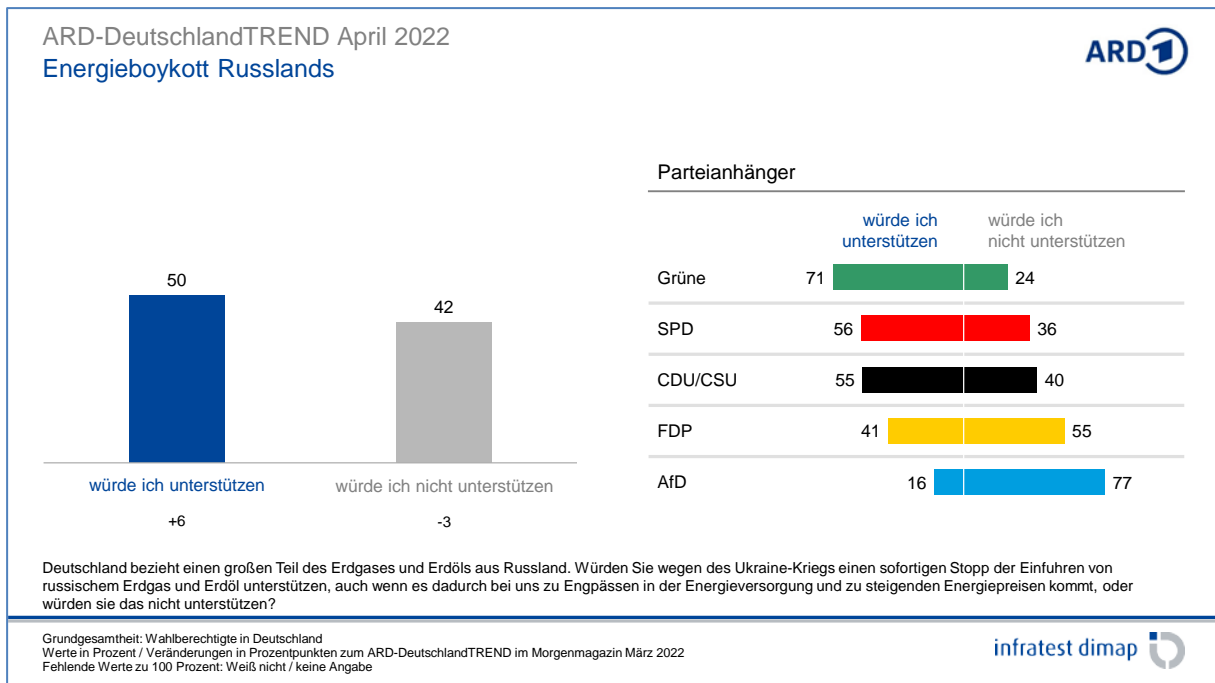
Die Reaktion der Bundesregierung auf den russischen Einmarsch in die Ukraine wird von den Deutschen aktuell kritischer bewertet als vor einem Monat: Für ein gutes Drittel (37 Prozent; -16) ist der aktuelle Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg weiterhin angemessen, für 45 Prozent (+18) aber geht er mittlerweile nicht weit genug. Jeder zehnte Bundesbürger (11 Prozent; -3) hält die Antwort der Ampel-Parteien auf die russische Invasion für zu weitgehend. Anfang März hatten die unmittelbar nach dem Einmarsch eingeleiteten Schritte des Kabinetts gut die Hälfte (53 Prozent) überzeugt, während sie drei von zehn (27 Prozent) als nicht ausreichend bezeichneten.



Hinsichtlich der aktuellen Ukraine-Politik der Bundesregierung besteht in den Anhängerschaften der Koalitionsparteien keine Einigkeit. Von den Anhängern der SPD (48 Prozent) und Grünen (45 Prozent) hält etwa die Hälfte den derzeitigen Regierungskurs für angemessen. Ähnlich vielen von ihnen geht die Reaktion der Bundesregierung nicht weit genug (SPD-Anhänger 47 Prozent; Grünen-Anhänger 50 Prozent). Sichtlich uneins sind sich auch die FDP-Anhänger, von denen 45 Prozent dem derzeitigen Regierungskurs folgen, 43 Prozent sich dagegen weitergehende Schritte wünschen. Von den Unions-Anhängern unterstützt ein Drittel die Regierung mit ihrer Ukraine-Politik, während die Hälfte (53 Prozent) eine stärkere Reaktion Deutschlands favorisiert. 38 Prozent der AfD-Anhänger sehen den Regierungskurs im Ukraine-Konflikt als überzogen an.

Unterstützung für Boykott von russischem Gas und Öl nimmt zu

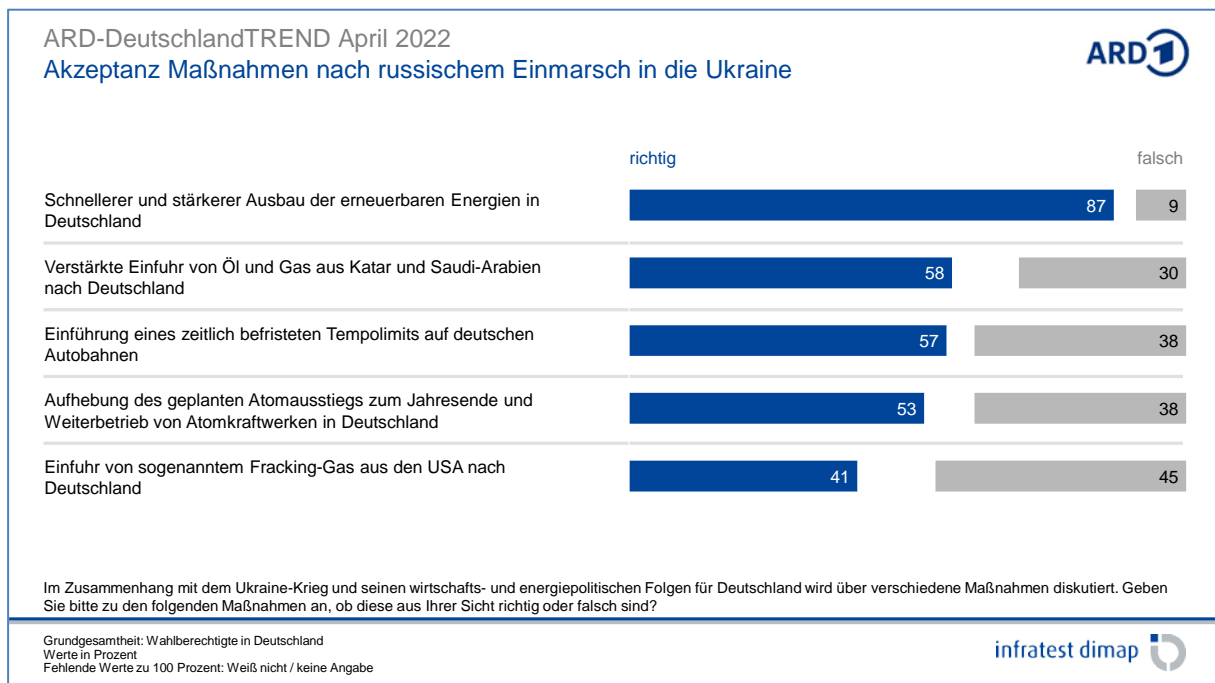
Eine der Forderungen nach schärferen Antworten Deutschlands auf die russische Invasion zielt auf einen sofortigen Importstopp für russisches Gas und Öl. Auch hier hat sich die Haltung der Bundesbürger in den vergangenen Wochen verändert. Nach 44 Prozent Mitte des Monats unterstützen aktuell 50 Prozent der Bundesbürger einen derartigen Energieboykott, auch wenn dies negative Effekte für die Versorgung mit Energie und deren Preise hätte. 42 Prozent der Bundesbürgern äußern sich weiter ablehnend (-3).



In den Reihen der Koalitionsparteien gehen die Haltungen zu einem kurzfristigen Energie-Boykott auseinander. Ein sofortiger Importstopp findet zwar in den Reihen der Berliner Koalitionsparteien bei den Grünen-Anhängern (71:24 Prozent), aber auch bei über der Hälfte der SPD-Anhänger (56:36 Prozent) Zuspruch. Bei den FDP-Wählern überwiegt dagegen die Ablehnung (41:55 Prozent). Auch unter den Anhängern der Oppositionsparteien bestehen unterschiedliche Haltungen. Die Unions-Anhänger unterstützen einen Energieboykott (55:40 Prozent), die AfD-Anhänger nicht (16:77 Prozent).

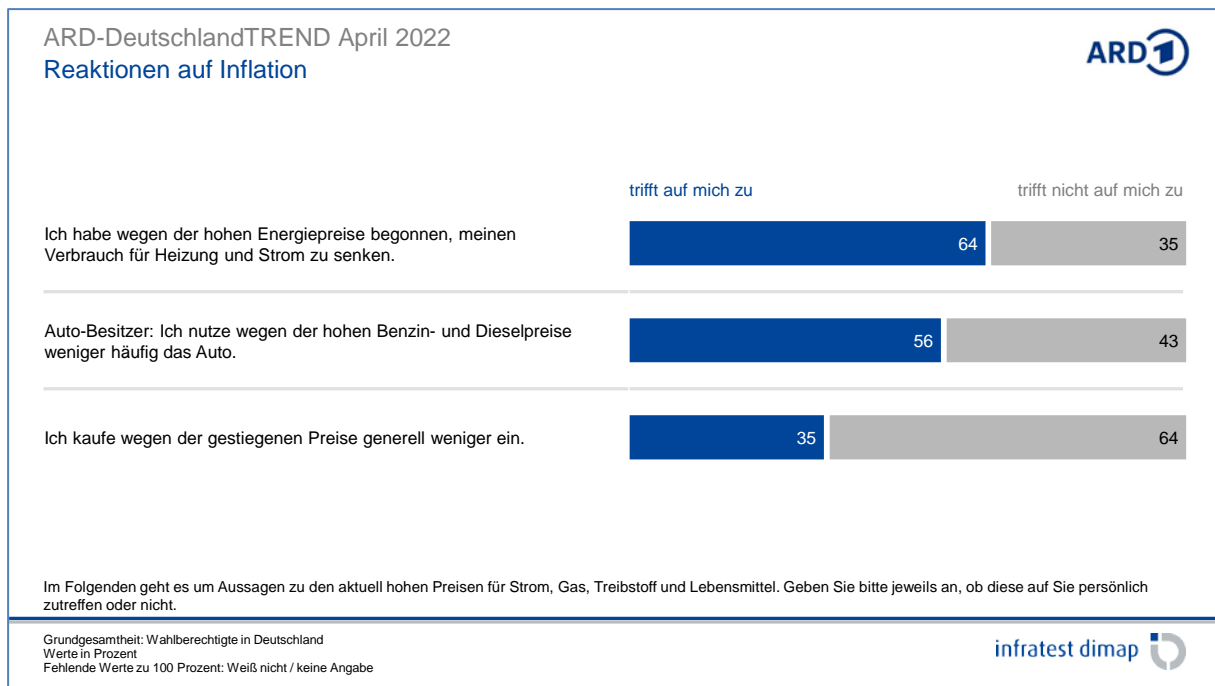
Energiepolitische Reaktion: Konsens allein bei Ausbau der Erneuerbaren

Um sich von russischen Energie-Importen unabhängiger zu machen, ist die beschleunigte Diversifizierung deutscher Energiequellen wesentlich. Konsens besteht bei den Bundesbürgern allerdings allein bezüglich des schnelleren und stärkeren Ausbaus der erneuerbaren Energien, den fast neun von zehn (87 Prozent) als Reaktion auf den Ukraine-Krieg als richtig empfinden. Die Erschließung anderer Energiequellen wird wesentlich zurückhaltender bewertet. Dies gilt nicht nur für die Einfuhr von Fracking-Gas aus den USA (41:45 Prozent). Auch ein verstärkter Öl- und Gas-Import aus Katar und Saudi-Arabien (58:30 Prozent) oder eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke (53:38 Prozent) findet nicht annähernd so viel Anklang. Jenseits der Diversifizierung der Energieversorgung wird in Deutschland über größere Anstrengungen beim Energiesparen diskutiert wie z.B. Tempolimits. Deren zeitlich befristete Einführung auf Autobahnen unterstützen sechs von zehn Bundesbürgern (57 Prozent) und auch gut jeder zweite Autofahrer (54 Prozent).



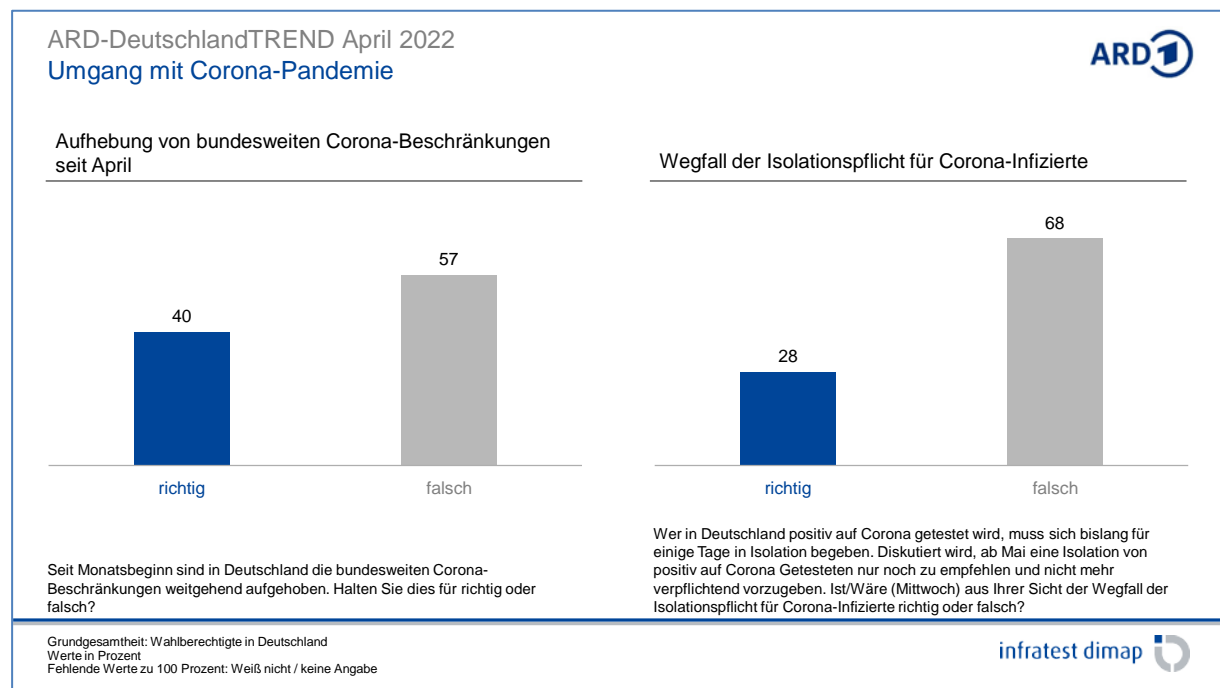
Reaktionen der Verbraucher auf gestiegene Preise

Für die Verbraucher ist der Umgang mit gestiegenen Preisen bei Strom und Gas, an der Tankstelle, aber auch im Supermarkt längst Alltag geworden. Viele haben bereits reagiert. Von den deutschen Autofahrern signalisiert über die Hälfte (56 Prozent), wegen der hohen Benzin- und Dieselpreise weniger häufig mit dem Auto zu fahren. Fast zwei Drittel der Bundesbürger (64 Prozent) haben nach eigenen Angaben begonnen, den Verbrauch für Heizung und Strom zu senken. Immerhin jeder Dritte (35 Prozent) gibt an, wegen gestiegener Preise generell weniger einzukaufen. Vor allem Haushalte mit geringen Einkommen halten sich beim Einkauf zunehmend zurück.



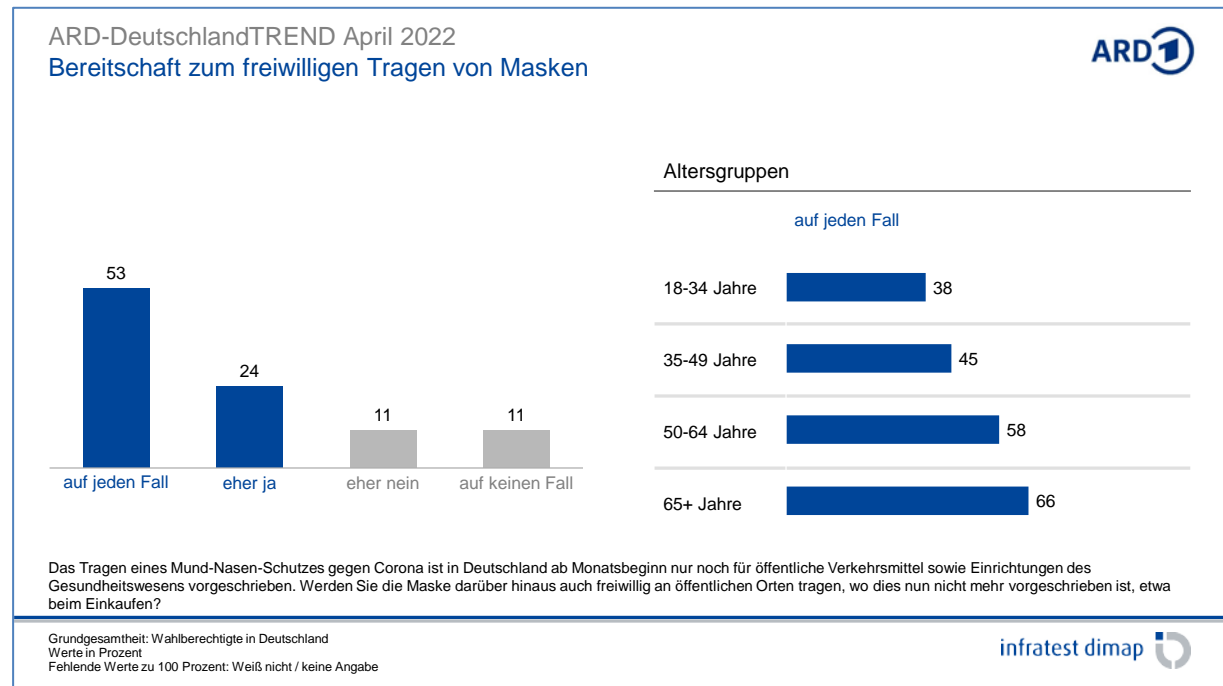
Unverständnis gegenüber Aufhebung der Corona-Beschränkungen

Neben dem Ukraine-Krieg und dessen Folgen bestimmt in diesen Tagen einmal mehr der richtige Umgang mit der Corona-Pandemie die politische Debatte in Deutschland. Dem Lockerungskurs der Ampel-Koalition bringen die Bundesbürger wenig Vertrauen entgegen. Die weitgehende Aufhebung der Corona-Beschränkungen zu Monatsbeginn halten sechs von zehn (57 Prozent) für falsch. Unverständnis äußern vor allem die Älteren, während sich Zuspruch und Ablehnung bei den 18- bis 49-Jährigen etwa die Waage halten. In den Wählerlagern findet die weitgehende Aufhebung der Corona-Maßnahmen allein in den Reihen von FDP (61:35 Prozent) und AfD (77:19 Prozent) Zuspruch. Alle anderen Anhängerschaften üben Kritik. Der bereits wieder verworfene Vorstoß von Gesundheitsminister Lauterbach, eine verpflichtende Quarantäne von Corona-Infizierten zugunsten einer freiwilligen Lösung aufzugeben, wird von zwei Dritteln (68 Prozent) abgelehnt.



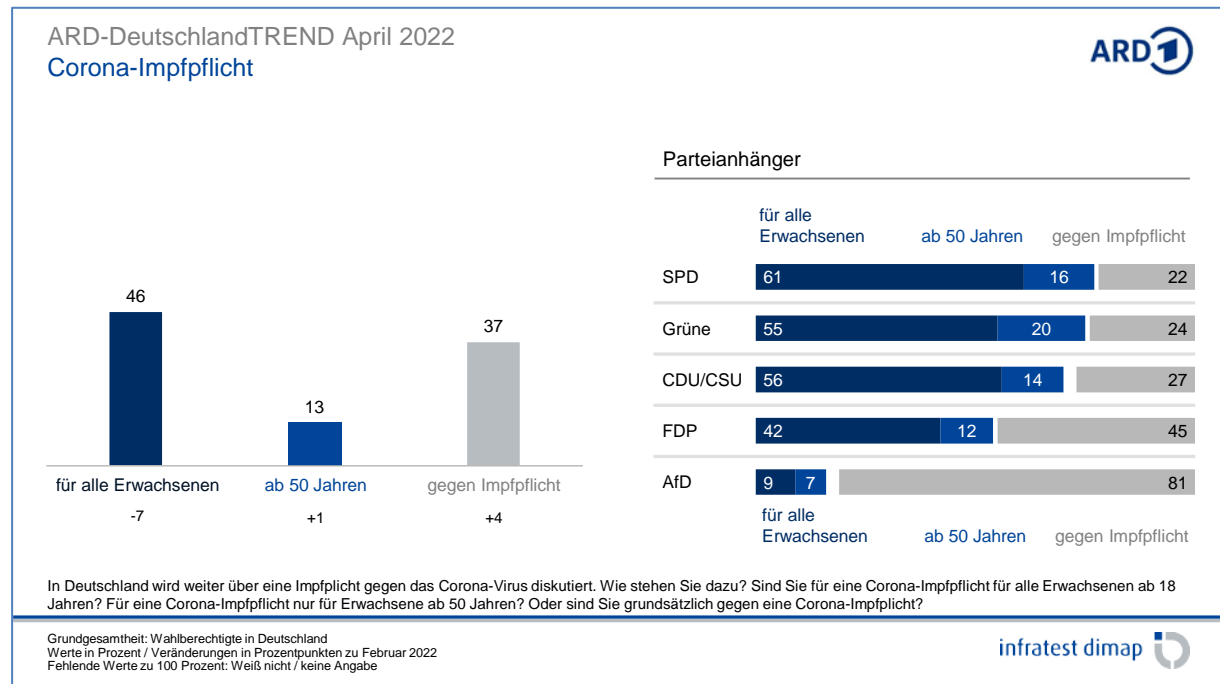
Corona: Hälfte will weiter Maske beim Einkaufen tragen

Viele Deutsche signalisieren, auch nach der Aufhebung der Corona-Beschränkungen weiter vorsichtig zu sein. So wollen 53 Prozent den Mund-Nase-Schutz an öffentlichen Plätzen z.B. beim Einkaufen auf jeden Fall tragen, auch wenn die Maske nun nicht mehr vorgeschrieben ist. Die Bereitschaft zum freiwilligen Tragen der Corona-Maske steigt deutlich mit dem Alter der Befragten. Während von den über 65-Jährigen zwei Drittel (66 Prozent) auf jeden Fall an der Maske festhalten wollen, sind es bei den unter 35-Jährigen lediglich vier von zehn (38 Prozent).



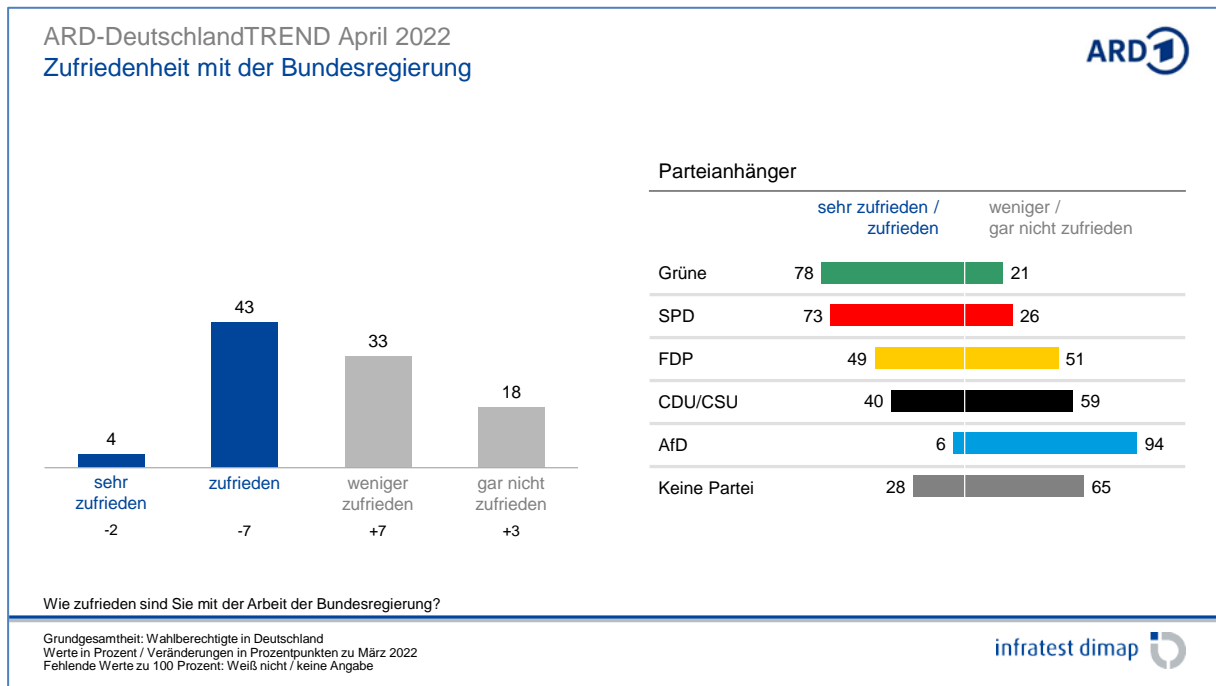
Corona-Impflicht: Akzeptanz für allgemeine Impflicht nach wie vor am höchsten

In dieser Woche diskutiert der Bundestag über Regelungen zu einer Corona-Impflicht in Deutschland. 37 Prozent (+4) und damit etwas mehr als noch im Februar äußern sich grundlegend ablehnend zu einer Impflicht, darunter mehrheitlich die Anhänger der AfD (81 Prozent), aber auch fast die Hälfte der FDP-Wähler (45 Prozent). Nicht ganz die Hälfte favorisiert eine Impflicht für alle Erwachsenen (46 Prozent; -7), eine altersbezogene Impflicht, z.B. für Personen ab 50 Jahren, unterstützt kaum verändert nur jeder Achte (13 Prozent; +1).



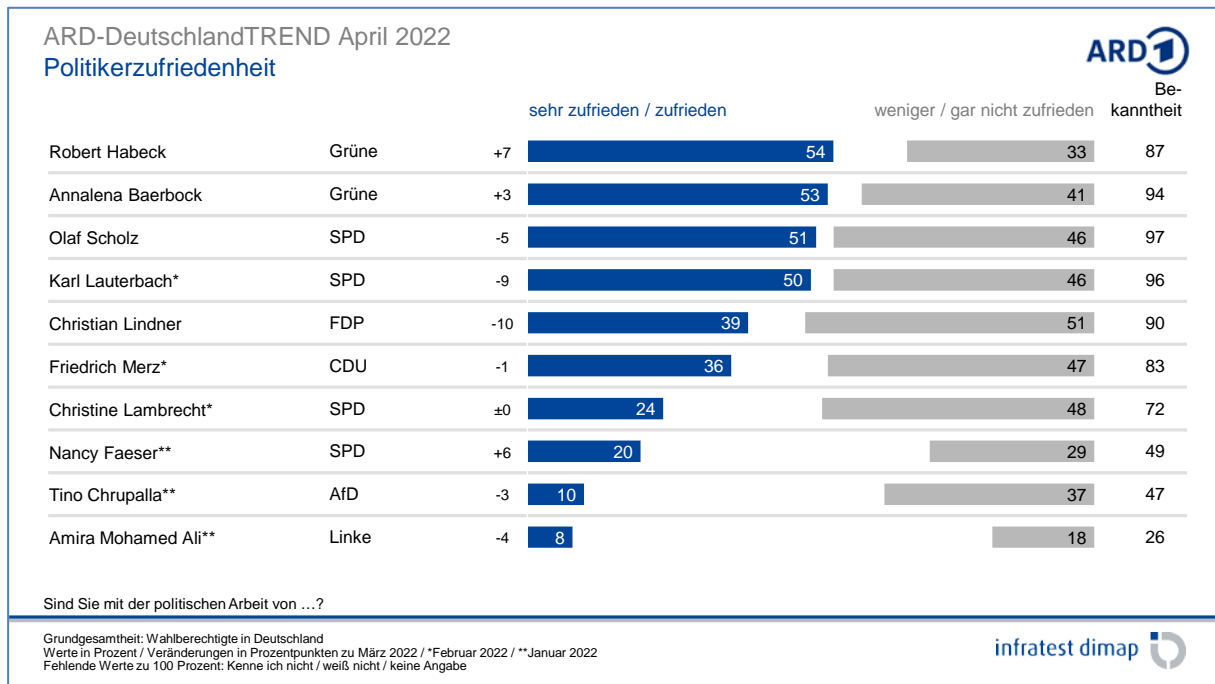
Regierungszufriedenheit geht zurück

Im aktuellen Krisen- und Nachrichtenkontext tut sich die Ampel-Koalition beim Publikum schwer. Die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit ist binnen eines Monats zurückgegangen. Zuspruch und Kritik halten sich aktuell etwa die Waage. 47 Prozent (-9) äußern sich positiv zu den Leistungen des Berliner Kabinetts, 51 Prozent (+10) negativ. In den Reihen von Grünen (78:21 Prozent) und SPD (73:26 Prozent) überwiegt weiterhin das Lob. Das Urteil der FDP-Anhänger zur eigenen Koalition fällt dagegen gespalten aus (49:51 Prozent).



Politikerzufriedenheit: Habeck und Baerbock mit Zuwächsen an der Spitze, Lindner verliert am deutlichsten

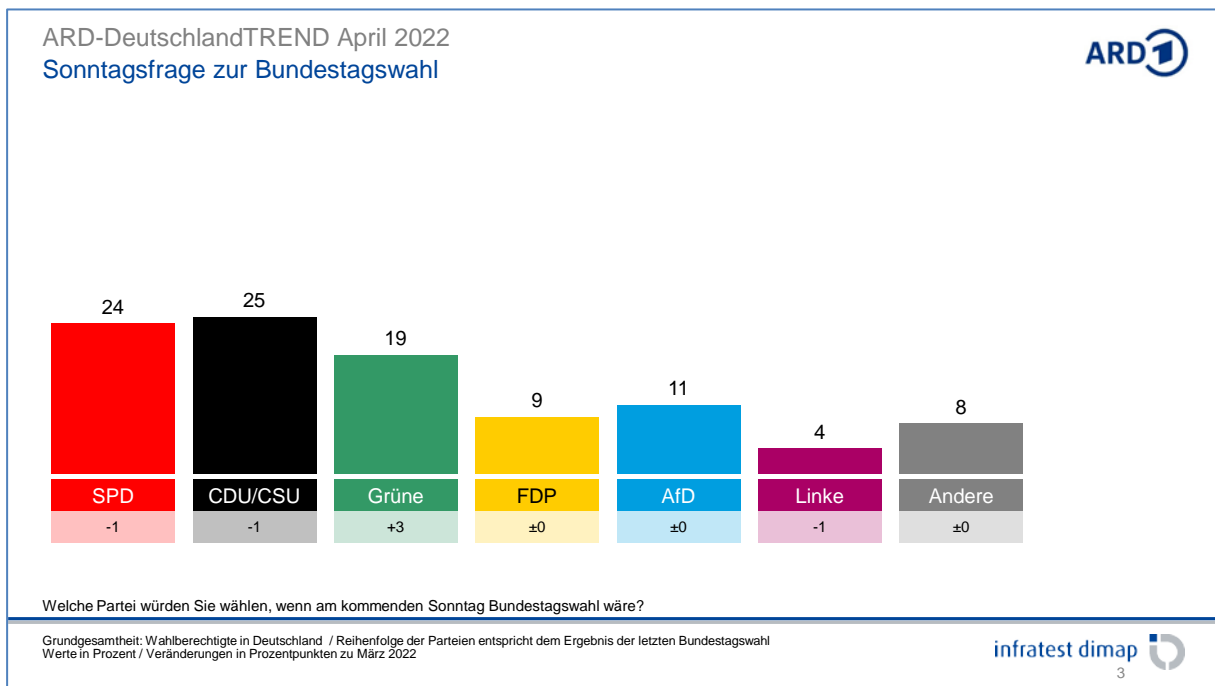
Die Arbeit der Ampel-Koalition hat an Zuspruch verloren, bei der Bewertung einzelner Kabinettsmitglieder zeigen sich jedoch gegenläufige Verschiebungen. Wirtschaftsminister Habeck (54 Prozent; +7) und Außenministerin Baerbock (53 Prozent; +3) gewinnen gegenüber März an Sympathien und führen mit persönlichen Bestwerten erstmals im ARD-DeutschlandTREND die Liste der populärsten Bundespolitiker an.



Ihnen folgen Gesundheitsminister Karl Lauterbach (50 Prozent; -9 zu Februar) und Bundeskanzler Olaf Scholz (51 Prozent; -5). Beide SPD-Politiker büßen erheblich an Sympathien ein. Noch größere Einbußen hat im März FDP-Finanzminister Christian Lindner (-10) zu verkraften. Mit einem Zuspruch von 39 Prozent liegt er im Mittelfeld vor dem CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz (36 Prozent; -1 zu Februar). SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht überzeugt jeden vierten Wahlberechtigten (24 Prozent; +/-0), Innenministerin Nancy Faeser jeden Fünften (20 Prozent; +6 zu Januar). Auf den letzten Plätzen im Bevölkerungsurteil landen die Fraktionsvorsitzenden von AfD und Linken, Tino Chrupalla (10 Prozent; -3 zu Januar) und die nach wie vor kaum bekannte Amira Mohamed Ali (8 Prozent; -4).

Sonntagsfrage: Grüne mit deutlichem Zuwachs

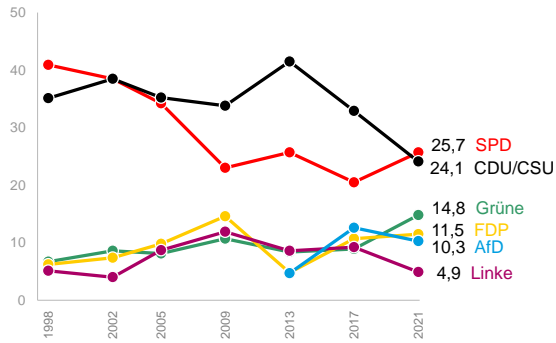
Der gewachsene Zuspruch für die Spitzen der Grünen in der Berliner Koalition spiegelt sich in der aktuellen Sonntagsfrage. Die Grünen legen zum Vormonat um 3 Punkte zu und hätten bei einer Bundestagswahl derzeit 19 Prozent in Aussicht, der beste Wert in der Sonntagsfrage für die Partei seit August letzten Jahres. Die Union käme auf 25 Prozent, die SPD auf 24 Prozent. Beide Parteien geben jeweils 1 Punkt ab. AfD und FDP kämen wie im Vormonat auf 11 bzw. 9 Prozent, die Linke liegt mit 4 Prozent (-1) schwächer als im März und fällt auf den schlechtesten Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Juni 2005. Alle übrigen Parteien kämen zusammen unverändert auf 8 Prozent.



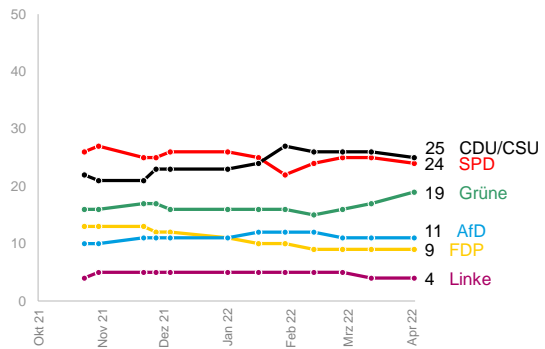
ARD-DeutschlandTREND April 2022
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND April 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Elen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.325 Befragte (866 Telefoninterviews und 674 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	04. bis 06. April 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0